

Doris Meyer (Tafelberg)

- (A) nicht nur uns, sondern auch der Wirtschaft mit einem Konzept ein Stück Planungssicherheit für die Zukunft! Geben Sie den Menschen in Deutschland eine Orientierung, wohin die Reise in der Energieversorgung gehen soll! Sorgen Sie für einen zukunftsfähigen Haushalt!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner zu diesem Geschäftsbereich ist der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer sich für politische Debatten interessiert, wird mir in einem Punkt leicht zustimmen können: Es ist immer wieder spannend, vor allem die Rednerinnen und Redner der CDU/CSU bei Debatten über die Umweltpolitik zu beobachten. Es wird schnell klar, dass sie nicht dürfen, was sie wollen. Sie wollen durchaus mehr Umweltschutz, aber sie dürfen nicht.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Woher wissen Sie das denn?)

Deswegen haben sie eine interessante Strategie entwickelt: Sie fordern von der Regierung und den Koalitionsfraktionen immer mehr Umweltschutzinitiativen,

- (B) (Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immer und immer mehr!)

um sie danach im Parlament ablehnen zu können. Ich weiß nicht, wie lange sie das noch durchhalten wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dabei sollten wir uns doch im Bundestag darüber einig sein, dass sich die Rolle von Umweltpolitik und die Art, wie man Umweltpolitik machen muss, in den letzten Jahren zunehmend verändert hat. Es geht nicht mehr um den „Schadstoff der Woche“, weil man beim Filtern, Abdichten und Entsorgen seit den 70er-Jahren durchaus beachtliche Erfolge erreicht hat, und zwar zweifellos und für jeden zu bemerken. Aber diese Art von Umweltpolitik ist hinsichtlich der Kosten und der Bürokratie an Grenzen gestoßen. Deswegen müssen wir heute eine andere und modernere Umweltpolitik machen, indem wir Richtlinien setzen, die Produktverantwortung erhöhen und Innovationen gezielt fördern. Das war gerade schon bei den erneuerbaren Energien ein Thema.

Ein gutes Beispiel für solche neuen Herausforderungen ist der **Klimaschutz**. Klimaveränderungen kommen sehr langsam und unmerklich, aber eben immer schneller. Sie sind nur mit Verzögerungen aufzuhalten oder abzumildern. Natürlich lösen nationale Alleingänge das Problem nicht. Aber das ist kein Grund, so wie die Opposition in Deutschland untätig und ideenlos zu bleiben, weil man dieses Problem mit nationalen Alleingängen

- nicht lösen kann. Für die Treibhausgase wird es in der Praxis keine Filter geben. Produkte und Produktionsweisen müssen angepasst werden. Das Verhalten und die Zielsetzungen müssen sich ändern. (C)

Man muss sich einmal die Temperaturen im letzten Monat anschauen. Die Durchschnittstemperatur im August 2003 lag um etwa 4 Grad über dem langjährigen Mittel. Wer den Wissenschaftlern zuhört, weiß, dass es einen Anstieg der Durchschnittstemperaturen von bis zu 5 oder 6 Grad bis Ende dieses Jahrhunderts geben kann. 4 Grad mehr haben schon zu Hitzetoten, Dürre und Teilabschaltungen von Großkraftwerken geführt. Jetzt müssen wir sogar von einem Anstieg der Durchschnittstemperaturen um 5 oder 6 Grad ausgehen. Da können heiße Jahre noch einmal verstärkend wirken. Wer an dieser Stelle Klimaschutz zum Luxus erklären will, hat entweder keinen Verstand oder keinen Anstand.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In kaum einem anderen Politikfeld sind die Unterschiede zwischen Koalition und Opposition so groß wie beim Klimaschutz. Auf der einen Seite ist die Koalition – mit nachweisbar mutigen Initiativen und belegbaren Erfolgen, die in anderen Ländern als vorbildlich dargestellt werden. – Herr Paziorek, Sie kommen doch viel in anderen Ländern herum.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Das ist nur da, wo Sie hinfahren!)

- Andere Länder wollen unseren Beispielen folgen. Deren Umweltinitiativen fordern Deutschland auf, auf der nächsten Konferenz weitere Initiativen vorzustellen, weil sie hoffen, dass andere Länder folgen. (D)

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Man weint Herrn Töpfer nach!)

Auf der anderen Seite ist die Opposition, die zwar noch die Notwendigkeit von Klimaschutz in Sonntagsreden betont, aber weder politische noch wirtschaftliche Anstrengungen dafür unternehmen will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist eine Opposition, die regelmäßig gegen wichtige Initiativen für den Klimaschutz stimmt, sei es gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz, die Energieeinsparverordnung, die Kraft-Wärme-Kopplung, den nationalen Klimaaktionsplan oder auch gegen die Ökosteuer. Daran muss man immer wieder erinnern.

Die CDU/CSU hat wenigstens bei einigen Punkten mitgestimmt. Die FDP allerdings hat gegen jede einzelne Klimaschutzinitiative der letzten fünf Jahre im Deutschen Bundestag gestimmt.

Die Opposition präsentiert zu unseren Initiativen immer nur nutzlose Gegenmodelle. Ich nenne als Beispiel das Ausschreibungsmodell für erneuerbare Energien. Schauen Sie sich doch Ihr wettbewerbliches Modell an, Frau Homburger!

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Das schlägt Herr Clement auch vor!)

Ulrich Kelber

- (A) Es gibt Länder, die das machen, allerdings mit einem Bruchteil der deutschen Erfolge bei den erneuerbaren Energien und einem Mehrfachen an Kosten. Schauen Sie sich doch einige unserer europäischen Nachbarländer an!

(Birgit Homburger [FDP]: Warum sagt Clement das auch?)

Dort ist der Vergütungspreis für Windenergie doppelt so hoch wie in Deutschland – und das bei Anwendung eines angeblich marktwirtschaftlichen Instrumentes. Informieren Sie sich doch einmal, was erfolgreiche Modelle sind, und schließen Sie sich diesen an! Stellen Sie nicht immer extra einen Antrag, um zu beweisen, dass die FDP noch existiert!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Das müssen Sie Herrn Clement sagen! – Birgit Homburger [FDP]: Clement, sage ich nur!)

Ich möchte eine Ausnahme bei der Kritik an der Klimapolitik der Opposition machen. Bei internationalen Konferenzen treten wir geschlossen auf. Das ist gut so. Umso unverständlicher finde ich es, dass wir uns auf nationaler Ebene über diese Frage so streiten.

- (B) Dabei gibt es doch in den Reihen der CDU/CSU und der FDP längst Menschen, die diese Notwendigkeit eingesehen haben. Ich rede nicht nur von Herrn Töpfer, sondern auch von Herrn Ramsauer und Frau Meyer von der CDU/CSU, zumindest was die Wasserkraft betrifft.

Bei der FDP gibt es solche Menschen auch. Die baye-rische FDP fordert im Landtagswahlkampf, den CO₂-Ausstoß bis 2050 um 80 Prozent zu reduzieren. Willkommen im Club! Vielleicht kommt die Bundes-FDP auch einmal auf den Trichter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Horst Kubatschka [SPD]: Die denkt an Fusion!)

Ein weiteres Beispiel für Unterschiede in der Umweltpolitik ist der **Naturschutz**. Auch das ist eigentlich ein mögliches Feld für Gemeinsamkeiten. Schließlich gehören viele engagierte Naturschützerinnen und Naturschützer der konservativen Klientel an. Aber die CDU/CSU reduziert den Naturschutz auf möglichst viele zusätzliche Subventionen für die Landwirtschaft und tarnt das als angeblichen Vertragsnaturschutz.

(Birgit Homburger [FDP]: Herr Kelber, Sie sind doch intelligent! Ich bitte Sie!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, Vertragsnaturschutz bedeutet, Landwirte dafür zu bezahlen, dass sie zusätzliche, gesellschaftlich gewünschte Aufgaben übernehmen, sie aber nicht dafür zu bezahlen, dass sie sich korrekt verhalten.

(Ulrike Mehl [SPD]: Sehr richtig!)

Was soll das, was Sie hier fordern, noch mit Umweltschutz zu tun haben?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Sie wollen sie faktisch enteignen!) (C)

Im Naturschutz müssen wir uns endlich gemeinsam um ein weiteres Hauptthema kümmern, nämlich um den Flächenfraß, um die Versiegelung des Landes. 129 Hektar verschwinden pro Tag nach Angaben des Umweltbundesamtes unter Steinen und Asphalt.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Aber mit Ausgleichsflächen!)

Das heißt, betroffen ist die dreifache Fläche der Stadt Bonn; um eine kleine Anleihe an meine Heimatstadt zu machen. Wir müssen über neue Wege nachdenken.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Nein, machen!)

Wir müssen die Zubetonierung der Heimat stoppen. Die Verpflichtung zu den Ausgleichsmaßnahmen – auch das muss man erkennen – hat es allein nicht gebracht. Wäre es nicht gerechtfertigt, Effizienzvorgaben zu machen, also als Genehmigungskriterium die Minimierung von Flächenverbrauch einzuführen?

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Das wäre im Ruhrgebiet richtig!)

Kann man nicht angesichts einer in Zukunft schrumpfenden Bevölkerung bei Bauvorhaben eine Entsiegelung in gleicher Größenordnung verlangen? Kann es nicht eine Versiegelungsabgabe geben, die von Jahr zu Jahr steigt und deren Ertrag dazu verwendet wird, eine Entsiegelung an anderer Stelle zu finanzieren? Das sind die Modelle, über die wir jetzt nachdenken müssen. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als drittes Feld will ich die additive Wirkung von Umweltbelastungen gerade auf den Menschen und exemplarisch die Wirkung überall vorkommender kleiner Mengen an Chemikalien nennen. Die rapide Zunahme der Zahl an Allergien bei unseren Kindern muss doch nachdenklich machen. Die Verdoppelung bzw. Verdreifachung der Zahlen in den fünf neuen Ländern nach der Wiedervereinigung macht das deutlich. Dieser Anstieg hat nichts mit der verbesserten medizinischen Beobachtung zu tun. Vielmehr ist er Ausdruck der Vielzahl neuer **Chemikalien**, denen die Menschen ausgesetzt sind.

Ist es denn wirklich ein Fortschritt, wenn unsere Textilien jedes Jahr ein Dutzend neue Chemikalien enthalten?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Worin besteht der Fortschritt, wenn in Wachsmalstiften und Kindergummistiefeln problematische Stoffe enthalten sind? Was haben diese Stoffe eigentlich darin zu suchen? Schließlich gibt es fast immer preisgünstige Alternativen.

Wir müssen einsehen, dass die herkömmliche Gesetzgebung in diesem Bereich an ihre Grenzen stößt. Wir können nicht die Wirkung jeden Stoffes verfolgen. Ein

Ulrich Kelber

- (A) Parlament kann die Reaktion von Dutzenden solcher Stoffe nicht abschätzen.

(Horst Kubatschka [SPD]: Auch die Wissenschaft nicht!)

Warum ersetzen wir einen Teil der Vorschriften in diesem Bereich nicht durch ein strengeres und klareres Haftungsrecht?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht wird dann die eine oder andere Firma bereit sein, 10 Cent mehr für die Produktion einer Packung Wachsmalstifte auszugeben, weil sie die hohen Kosten im Falle einer möglichen Haftung für die Wirkung der bisher verwendeten Inhaltsstoffe fürchtet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umweltschutz mag zwar heute nicht mehr das Topthema in den Nachrichten sein, aber die Aufgaben sind deshalb nicht weniger geworden.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Das ist wohl wahr!)

Deswegen würde ich mich durchaus freuen, wenn die Opposition mit aufs Tempo drücken würde,

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Das tun wir doch!)

- (B) statt immer wieder zu bremsen. Wir zumindest haben uns vorgenommen, auch weiterhin in der Umweltpolitik Gas zu geben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des **Bundesministeriums der Justiz**.

Das Wort hat zunächst die Bundesministerin Brigitte Zypries. – Es wäre schön, wenn unvermeidliche Platzwechsel zügig erfolgen könnten. – Bitte schön, Frau Ministerin.

Brigitte Zypries, Bundesministerin der Justiz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht erst seit dem Eintreten der schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte ist immer wieder von der knappen Ressource Recht die Rede. Die Kapazitäten der Justiz gelten als knapp. Insbesondere für die Recht suchenden Bürgerinnen und Bürger ist das Recht ein kostbares Gut.

Unsere Gesellschaft schätzt den Rechtsfrieden, den gute Gesetze sowie leistungsfähige Verwaltungen und Gerichte vermitteln. Die Justiz in unserem Land hat ein hohes Ansehen. Nicht zuletzt das besondere Ansehen des Bundesverfassungsgerichts zeugt davon.

(C) Zu den Kernaufgaben des Staates gehört es, die Justizgewährung zu garantieren und die richtigen Rahmenbedingungen für die Pflege und Fortentwicklung des Rechts zu schaffen. Die Bürgerinnen und Bürger haben sogar einen verfassungsrechtlich garantierten Justizgewährungsanspruch.

Daraus folgen zwei Verpflichtungen des Staates. Erstens muss er unabhängige und funktionierende Gerichte zur Verfügung stellen, die Rechtsstreite in angemessener Zeit entscheiden. Zweitens muss er allen den Zugang zu den Gerichten ermöglichen. Die Rechtsgewährung gilt auch für diejenigen, die nicht ohne weiteres dafür zahlen können.

Aus dieser Verpflichtung und auch Errungenschaft unseres Rechtsstaates erwächst für uns die Verantwortung, mit dem Justizhaushalt nicht nach der Rasenmähermethode umzugehen. Ich möchte mich bei allen Haushaltsberichterstellern recht herzlich dafür bedanken, dass sie das bei dem vorliegenden Haushaltsentwurf genauso gesehen haben und bei der Erstellung des Justizhaushalts entsprechend verfahren sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die von mir skizzierten Rechte bedeuten aber keinen Freibrief für die Justiz, mit den Mitteln nach eigenem Gutdünken zu verfahren. Auch die Justiz ist gefordert, Mittel einzusparen sowie die vorhandenen Mittel zusammenzuhalten und sie effektiver einzusetzen.

(D) Dass das Justizministerium kostenbewusst vorgeht, zeigt die Refinanzierungsquote des Haushalts. Der Justizhaushalt hat eine Deckungsquote von deutlich mehr als 90 Prozent und liegt damit weit über allen anderen Ressorts. Trotz allem werden wir auch 2004 wieder einen Einsparbeitrag von 6,7 Millionen Euro erwirtschaften. Das sind immerhin fast 2 Prozent des Volumens des Haushalts. Das ist für einen Haushalt, mit dem überwiegend Personalkosten gedeckt werden müssen, kein Papierziel.

Unabhängig von der Einnahmeseite muss auch die Ausgabeseite betrachtet werden. Wir müssen im Hinblick sowohl auf den Bundeshaushalt als auch auf die Haushalte der Länder – mit ihnen sollten wir hier zusammenarbeiten; denn sie sind ja in einer ähnlichen Situation wie wir – die Justiz modernisieren, und zwar in drei Stufen: Erstens. Wir müssen die Abläufe innerhalb der Justiz vereinfachen. Zweitens. Wir müssen prüfen, welche Aufgaben innerhalb der Justiz übertragen werden können, zum Beispiel von Richtern auf Rechtspfleger oder auf andere Mitarbeiter des Justizdienstes. Drittens. Wir müssen auch prüfen, inwieweit Privatisierungen von Aufgaben möglich sind.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit der Vereinfachung von Abläufen kurz auf den von uns vorgelegten Entwurf eines Justizmodernisierungsgesetzes eingehen. Mit diesem Gesetz wollen wir weniger dem Bund als vielmehr den Ländern die Möglichkeit geben, die Verfahren zu vereinfachen bzw. – so habe ich es bereits an einer anderen Stelle formuliert – viele kleine Sandkörner aus dem Getriebe der Justiz zu entfernen und stattdessen